

Rede zum Haushalt 2009 (es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Kreis ist gut aufgestellt

auch mit dem Haushalt 2009 wird die vorsorgende, zuvorderst dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit verpflichtete solide Finanzpolitik des Kreises konsequent fortgeführt. Nach der vollständigen Entschuldung Ende 2007 ist wie bereits in diesem Jahr eine Neuverschuldung weder im kommenden Haushaltsjahr noch im Finanzplanungszeitraum bis 2012 vorgesehen. Der Kreis bleibt schuldenfrei. Der Kreishaushalt und damit die Städte und letztlich die Bürger werden von jährlichen Zinszahlungen in Höhe von 5 Mio. € befreit. Oder wie es Herr Kämmerer Herweg bei der Haushaltseinbringung ausgedrückt hat: „Ohne Schulden können wir unsere liquiden Mittel sinnvoller für unsere Bürgerinnen, Bürger und Kinder einsetzen, als damit die Banken zu füttern.“ Dies ist aus Sicht der FDP-Fraktion die zentrale Errungenschaft der zu Ende gehenden Wahlperiode des Kreistags. Zudem haben wir mit der Errichtung eines Pensionsfonds von mehr als 12 Mio. € Vorsorge für die zukünftig steigenden Pensionslasten getroffen. Mit der Entscheidung auf eine Ausgleichsrücklage faktisch zu verzichten, haben wir darüber hinaus eine Weichenstellung für die Zukunft vorgenommen, die einem planmäßigen Vermögensverzehr, insbesondere zu konsumtiven Zwecken, eine klare Absage erteilt. Durch diese Entscheidungen haben wir die Basis für eine auch langfristig erfolgreiche, finanziell solide Entwicklung des Kreises gelegt.

Schuldenfreiheit bewahren

Der Bewahrung dieser hervorragenden Ausgangslage des Kreises werden wir Liberale auch in Zukunft höchste Priorität beimessen. Uns ist bewusst, dass vor allem die Schuldenfreiheit jedes Jahr wieder neu erkämpft werden muss. Dies insbesondere im Hinblick darauf, dass die liquiden Mittel 2009 um 8,6 Mio. € auf 6,7 Mio. € sinken werden. Der Liquiditätssicherung muss daher in nächster Zukunft ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Herr Landrat, die FDP-Kreistagsfraktion begrüßt es besonders, dass – wie Sie dies bei der Einbringung der Haushaltsentwürfe 2008 und 2009 jeweils eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht haben – wir

uns dem Ziel der dauerhaften Schuldenfreiheit im Sinne der jungen und kommenden Generationen gemeinsam verpflichtet fühlen, im Gegensatz zur SPD, die lieber die Banken füttern will.

**SPD will neue
Schulden**

Herr Carraro, Ihre Fraktion hat in den diesjährigen Haushaltsberatungen nun wirklich keine nennenswerten Akzente setzen können. Aber eine Verlautbarung Ihrerseits hat meine volle Aufmerksamkeit gefunden. Bei der Vorstellung ihres Landratskandidaten haben Sie dem Bericht der Rheinischen Post zu Folge dem Landrat vorgeworfen, zu sehr auf die Finanzen zu blicken. Man dürfe, ich zitiere, „die Kreispolitik nicht dem Diktat des schuldenfreien Haushalts unterwerfen. So müsse mehr Geld für Gesundheit und Soziales zur Verfügung gestellt werden.“ Im Klartext heißt das nichts anderes als: Sie wollen Schulden machen, um neue Wohltaten verteilen zu können. Dies liegt ja auch durchaus in der Kontinuität der Politik Ihrer Fraktion. Bereits bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2007, mit dem wir den Kreis entschuldet haben, wollten Sie einen mehrfachen Millionenbetrag für konsumtive Zwecke abzweigen. Daran hat Sie die Mehrheit dieses Hauses richtigerweise gehindert.

**Schulden führen zu
Wohlstands-
verlusten**

Sie verdrängen immer noch, dass die exorbitante Staatsverschuldung nicht nur die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten der Politik einengt, sondern aufgrund der durch Steuern aufzubringenden Zins- und Tilgungslasten zeitversetzt zu Wohlstandsverlusten führt. Bereits Abraham Lincoln hat dies auf den einfachen Nenner gebracht: „Der Staat wird bestimmt keine Wohlfahrt schaffen, wenn er mehr ausgibt, als er einnimmt.“ Das von den Umverteilungspolitikern für die Notwendigkeit neuer Wohltaten stets bemühte Argument des Auseinanderdriftens der Gesellschaft greift dabei allerdings zu kurz, wie vor kurzem Max A. Höfer unter der Überschrift „Umverteilung funktioniert besser denn je“ deutlich gemacht hat. Denn ein Anwachsen der Kluft zwischen hohen und niedrigen Löhnen ist bei den alles entscheidenden Nettoverdiensten gerade nicht zu verzeichnen. Der österreichische Ökonom Ludwig von Mises hat es vielleicht etwas drastisch ausgedrückt, im Kern aber zutreffend das auch bei der SPD-Fraktion – und Ihre Fraktion kann ich da direkt mit einschließen, Herr Dr. Ibold – zu Tage tretende Selbstverständnis wie folgt kritisiert: „Wenn Parlamentarier sich nicht mehr als Treuhänder der Steuerzahler ansehen, sondern als Vertreter der Empfänger von Subventionen, Arbeitslosenunterstützungen und anderen Wohltaten aus dem Steuertopf, dann ist es um die Demokratie geschehen.“

Mitte entlasten Soweit wird es hoffentlich nicht kommen, aber wir müssen erkennen, dass das von Mises kritisierte Selbstverständnis vieler Politiker anderer Couleur zu einer Erosion der Mittelschicht geführt hat, die von 62 % im Jahr 1998 auf 54 % geschrumpft ist. Dies ist nicht weiter verwunderlich. Denn von der unter dem inhaltlich beliebigen Label der sozialen Gerechtigkeit betriebenen, mittlerweile maßlosen Umverteilungspolitik ist die Mitte in doppelter Weise betroffen. Sie tragen die Hauptlast der Steuereinnahmen, aber sie sind diejenigen, die soziale Unterstützung und Infrastruktur des Staates oft am wenigsten in Anspruch nehmen. In eine regelrechte Mittelstandsfalle laufen die mittleren Einkommensgruppen, die relativ hohe Steuern und Abgaben zahlen und dann nochmals und zwar nach Einkommensgruppen differenziert wiederum zur Kasse gebeten werden, wenn sie zum Beispiel Kinder in den Kindergarten schicken wollen. Von Förderungen des Staates aber werden sie wegen ihres Einkommens ausgeschlossen. Diese gebeutelte Mitte benötigt vor allem eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Dazu muss auch der Kreis seinen Beitrag leisten. Die geringst mögliche finanzielle Belastung war deshalb stets und bleibt auch künftig das zentrale Ziel der FDP-Kreistagsfraktion, heute und in der Zukunft. Wir Liberalen stehen für diejenigen, die im Leben stehen, die etwas erreichen wollen für sich und ihre Familien. Deshalb ist uns die weitere Konsolidierung der Kreisfinanzen ein besonderes Anliegen.

Zukunftsorientierte Investitionen Wir begrüßen ausdrücklich die zukunftsorientierte Zielrichtung der Investitionen des Kreises. Vom bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur profitieren Bürger wie Wirtschaft gleichermaßen. Wir sehen mit Freude der hoffentlich baldigen Eröffnung der K20n entgegen und hoffen, dass danach kurzfristig der Bau der Osttangente in Mettmann in Angriff genommen werden kann. Den Schwerpunkt der Investitionen des Kreises bildet traditionell der Bildungsbereich. Mit den Neubauten der Sporthalle am Berufskolleg Mettmann und der Paul-Maar-Schule geht der Kreis sowohl im Bereich der Berufsschulen als auch bei den Förderschulen neue Großprojekte an. Initiativen wie das vom Unternehmerverband „erkath initial“ initiierte Neanderlab oder die Junioruni finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Zur Stärkung des Marketings für die dualen Studiengänge der zukünftigen Außenstelle der Fachhochschule Bochum in Heiligenhaus engagiert sich der Kreis mit 100 T€.

Kosten und Nutzen abwägen Aber, meine Damen und Herren, auch im Bildungsbereich gilt es wie überall mit kühlem Kopf Aufwand und Nutzen gegeneinander abzuwägen. Ob beim Neubau der Paul-Maar-Schule das Konzept eines Schuldorfes zum Tragen kommt, wird aus Sicht der FDP-Fraktion insbesondere vom Ergebnis

einer von uns angeforderten Alternativberechnung abhängen. Und so wenig notwendig uns 2007 die Verglasung eines Verbindungsgangs am Berufskolleg Mettmann erschien, so wenig stellt sich für die FDP-Kreistagsfraktion die Notwendigkeit einer Sprint- und Weitsprunganlage für 140 T€ neben der neuen Sporthalle dar, da nicht nachvollziehbar ist, dass für die wenigen Unterrichtseinheiten im Bildungsgang des Freizeitsportleiters, dem einzigen, für den eine solche Anlage benötigt wird, nicht auf andere Sportanlagen der Stadt Mettmann ausgewichen werden könnte. Jedenfalls behalten wir uns vor, zu gegebener Zeit mal abzufragen, wie viele Stunden pro Jahr diese Anlage von den Schülern dieses Bildungsganges eigentlich genutzt worden ist.

**Bauhöfe
unwirtschaftlich**

Schon gar nicht abfinden wird sich die FDP-Kreistagsfraktion mit dem wirtschaftlich unsinnigen Zustand des Nebeneinanders der Bauhöfe des Kreises, der kreisangehörigen Städte und der Niederlassung von Straßen NRW, die unabhängig voneinander jeweils für die Straßenunterhaltung entsprechende Gerätschaften vorhalten. Allein für die Ersatzbeschaffung eines Unimog sowie die Beschaffung einer Frontmähkombination fallen in den nächsten beiden Jahren Aufwendungen in Höhe von 250 T€ an. Sollte sich eine weitergehende interkommunale Kooperation mit den kreisangehörigen Städten nicht darstellen lassen, wäre die FDP-Kreistagsfraktion auch bereit, bei einem entsprechend attraktiven Angebot wie dem von vor einigen Jahren die Straßenunterhaltung an Straßen NRW zu vergeben. Uns Liberalen ist die Sensibilität des Umlagehaushalts bewusst, die Städte sind aber ihrerseits auch aufgefordert, das ihre dazu beizutragen, dass Synergieeffekte genutzt werden können.

**Kreishaushalt ist
gemeinde-
freundlich**

Der Kreishaushalt stellt sich denn wie auch in den vergangenen Jahren als äußerst gemeindefreundlich dar. Der Hebesatz der Kreisumlage wird gegenüber dem Haushalt 2008 von 42,0 % auf 41,0 % gesenkt. Von dem aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen dennoch zu verzeichnenden Anstieg der Kreisumlage um absolut 16,3 Mio. € müssen 9,8 Mio. € direkt an den Landschaftsverband Rheinland weitergereicht werden, der im Gegensatz zum Kreis den Hebesatz der Landschaftsumlage nicht senken wird. Würde der Kreis diesem Beispiel folgen, würden die kreisangehörigen Städte mit weiteren 7,1 Mio. € zur Kasse gebeten. Weitere 3,4 Mio. € resultieren aus Mindererträgen aus der KVGM im Vergleich zum Jahr 2008, in dem die bisher vorgetragenen Gewinne ausgeschüttet worden sind. Zudem ergeben sich durch die Tarif- und Besoldungserhöhung Mehrbelastungen in Höhe von 2,5 Mio. €. Die verbliebene Differenz von 600 T€ resultiert aus der Bildung einer kreiseinheitlichen Ausländer- und Einbürgerungsbehörde, die, nachdem die Stadt Ratingen

vorgestern endgültig grünes Licht gegeben hat, im nächsten Jahr erfolgen kann. Vielen Dank, Herr Hanheide, dass Sie da immer am Ball geblieben sind.

**Kreis konsolidiert
Haushalt**

Die weiteren Mehraufwendungen, die sich beispielsweise allein bei den Rückstellungen im Personalbereich und den Unterhaltungs- und Betriebskosten auf 3,1 Mio. € summieren, kann der Kreis aufgrund eigener Spar- und Konsolidierungsbemühungen auffangen. Dies gilt auch für die 400 T€, die der Kreis zusätzlich zu schultern hat, weil der Bund mir nichts dir nichts von heute auf morgen den Anteil der ARGE an der Finanzierung der Kompetenzagentur halbiert hat. Von der grundsätzlichen Linie des Kreises, ausfallende Bundes- und Landesmittel nicht zu ersetzen, musste in diesem Fall um die Arbeit der Kompetenzagentur nicht zu gefährden ausnahmsweise abgewichen werden. Auch haben wir mit der Entscheidung, den Eigenanteil der Stadt Wülfrath in Höhe von 570 T€ für den Alleenradweg auf der Trasse der ehemaligen Niederbergbahn zu übernehmen eine Ausnahme von einer weiteren grundsätzlichen Linie des Kreises gemacht, keine Investitionen zu finanzieren, die in die städtische Zuständigkeit fallen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Projekts zur langfristigen Trassensicherung und die Tatsache, dass das auch die Städte Heiligenhaus und Velbert betreffende Projekt mit einem Gesamtvolumen von 10 Mio. € bei einer Landesförderung von 7,5 Mio. € ansonsten wohl nicht zu Stande gekommen wäre, war aber auch diese Ausnahme gerechtfertigt. Der Kreis hat die berechtigten Belange der Städte, die zu Recht einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen einfordern, stets im Blick. Eine weitere Senkung der Kreisumlage, so wie sie die Bürgermeister der Städte Heiligenhaus, Mettmann, Velbert und Wülfrath in ihrem jüngsten Schreiben als Reaktion auf die Finanzmarktkrise fordern, kommt zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht in Betracht. Auch wenn sich die betroffenen Städte verständlicherweise an jeden Strohalm klammern, wäre ihnen aufgrund der Finanzsystematik mit einer weiteren Senkung auch nicht viel geholfen, wenn man bedenkt, dass der Anteil der Stadt Heiligenhaus an der Kreisumlage gerade einmal 4,6 %, der der Stadt Mettmann 5,9 %, der der Stadt Velbert 14,1 % und der der Stadt Wülfrath nur 3,3 % beträgt. Der Löwenanteil würde vielmehr in die gut dastehenden Städte Ratingen, Langenfeld und Hilden gehen. Aber es spricht ja nichts dagegen, sich Anfang des kommenden Jahres noch einmal zusammen zu setzen.

**Kreis entlastet
Städte**

Alles in allem schöpft der Kreis mit 16,3 Mio. € auch nur 29,3 % der im Referenzzeitraum um 55,6 Mio. € auf 710 Mio. € gestiegenen Umlagegrundlagen ab, bereinigt um die Steigerung der Landschaftsumlage sogar nur 11,7 %. Zudem werden die kreisangehörigen Städte aufgrund der 25%-igen

Leistungserweiterung im Busverkehr sowie der Übernahme der Straßenbahnlinie 712 durch die KVGM bei der Sonderumlage VRR um 1,5 Mio. € entlastet. Die Kreismischgebühr bleibt konstant und die Gebühr für Garten- und Parkabfälle kann sogar gesenkt werden. Und nicht zu vergessen, dass der Kreis im laufenden Haushaltsjahr gerade noch auf die Abforderung von 0,5 %-Punkten Kreisumlage verzichtet hat, was einer Entlastung der Städte von 3,3 Mio. € entspricht. In der Kreispolitik kann man sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Anstrengungen von einigen kreisangehörigen Städten nicht immer hinreichend gewürdigt werden. Anders die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, wie die folgende Passage aus deren Stellungnahme zum Haushaltsentwurf zeigt: „Der Kreis unterstreicht damit seine Politik der nachhaltigen Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden und der langfristigen Liquiditätsabsicherung. Eine solche Politik belässt nicht benötigte Liquidität in den kreisangehörigen Städten und versetzt diese damit in die Lage in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig zu bleiben und ihre Wirtschaft vor Ort durch eine moderate Abgabepolitik bei Bewältigung des Konjunkturabschwungs zu unterstützen.“

Vorsorge treffen

Dennoch tut der Kreis insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise gut daran, bereits jetzt für schlechtere Zeiten Vorsorge zu treffen. Denn wie Herr Kämmerer Herweg bei der Haushaltseinbringung richtig festgestellt hat, die Abschwungtendenzen werden im Finanzplanungszeitraum unweigerlich negativ zu Buche schlagen. Unserer Auffassung nach dürfte insbesondere die Prognose, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II weiterhin jeweils um durchschnittlich rund 500 pro Jahr rückläufig gestalten wird, mit einem großen Fragezeichen versehen werden müssen. Weitere Haushaltsrisiken ergeben sich vor allem auf der Ertragsseite. Nachdenklich stimmen in diesem Zusammenhang insbesondere die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung von November 2008. Danach werden die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2009 bundesweit um 0,5 % sinken, nach plus 8,0 % im Jahr 2007 und plus 7,8 % im Jahr 2008. Zugegebenermaßen wird sich dies bei den Kommunen unterschiedlich auswirken. Aber nach den in dem Schreiben der Bürgermeister von Heiligenhaus, Mettmann, Velbert und Wülfrath genannten Zahlen ist absehbar, dass zumindest in Teilen des Kreises rückläufige Steuereinnahmen zu verzeichnen sein werden. Die IHK hat es auch hier auf den Punkt gebracht: „Da für die kommenden Jahre eine konjunkturbedingt rückläufige Entwicklung der Steuereinnahmen von dem derzeit extrem hohen Niveau nicht auszuschließen ist, ist der Kreis gefordert – ganz im Sinne des NKF – wie ein vorsichtiger Kaufmann zu planen. Die Aufwendungen und Auszahlungen müssen an die sich

verändernde Ertrags- und Einzahlungssituation angepasst werden. Dabei verkennen wir nicht, dass sehr große Teile des Kreishaushaltes (z.B. die Ausgaben für die soziale Sicherung oder die Landschaftsumlage) fremdbestimmt sind. Nicht erstrebenswert wäre aber ein Finanzmanagement, das auf rückläufige Steuer- und daraus folgend Umlageeinnahmen lediglich mit einer Erhöhung des Hebesatzes reagiert. Damit würden allein die in diesem Szenario finanziell bereits angespannten kreisangehörigen Gemeinden noch stärker belastet. Wir halten es somit für wünschenswert, dass der Kreis einen Plan für mögliche Einsparungen im Kreishaushalt vorhält ...“.

Personal- aufwendungen senken

Die FDP-Kreistagsfraktion hat diesem berechtigten Anliegen insbesondere durch ihren Antrag zu den Personalaufwendungen Rechnung getragen. Aufgrund dessen ist der Landrat durch den Kreisausschuss beauftragt worden, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um bis zum Jahr 2012 eine jährliche Verminderung der Personalaufwendungen in Höhe von 250 T€ zu erreichen und dem Unterausschuss für Personalfragen einen Maßnahmenkatalog zur Deckelung der Personalaufwendungen im Finanzplanungszeitraum vorzulegen. Herr Carraro, auch wenn Sie unseren Antrag in erster Linie für publikumswirksam halten, der Bereich der Personalaufwendungen ist von den großen Blöcken des Kreishaushaltes der noch am ehesten beeinflussbare. Der Ansatz der Personalaufwendungen ist im Haushaltsentwurf gegenüber dem Ansatz des Haushaltes 2008 von rund 50 Mio. € auf rund 55 Mio. €, d.h. um 10 %, gestiegen. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 von rund 46,5 Mio. € betragen die Mehraufwendungen sogar 8,5 Mio. € bzw. 18,6 %. Auch wenn diese Steigerungen in erster Linie auf Tarif- und Besoldungserhöhungen, Aufgabenübertragungen sowie durch den Kreistag beschlossene Projekte zurückzuführen sind, bedarf es im Hinblick auf die im Finanzplanungszeitraum zu erwartende gedämpftere Entwicklung der Steuerkraft der kreisangehörigen Städte insbesondere in deren Interesse zur Vermeidung zukünftiger Anhebungen des Kreisumlagehebesatzes der frühzeitigen Gegensteuerung. Exakt dieser Punkt ist zu Recht von den kreisangehörigen Städten in ihren Stellungnahmen zum Haushalt denn auch durchgängig thematisiert worden.

Transparenz herstellen

Zudem fehlt es dem Personalhaushalt in der Tat an der insbesondere nach dem NKF erforderlichen Transparenz. Die Zuordnung der Personalaufwendungen zu den einzelnen Produkten ist in vielen Fällen mit dem Stellenplanauszug nicht in Übereinstimmung zu bringen. Zur Verdeutlichung einige Beispiele: Im Produktbereich Wirtschaft und Tourismus führt eine zusätzliche Viertelstelle zu einer Ansatzsteigerung von 227 T€, drei zusätzliche Stellen in der Bußgeldstelle dagegen

nur zu einer Ansatzsteigerung von 52 T€, im Produktbereich Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen bedingen wiederum drei Stellen weniger eine Ansatzsteigerung von 331 T€. Zudem muss dem Prinzip, dass Veränderungen nachvollziehbar erläutert werden, auch im Personalhaushalt wieder Rechnung getragen werden. Auch hier einige Highlights: Beim Immissionsschutz werden bei gleichbleibenden Fallzahlen einfach so statt einer halben Stelle 2,5 Stellen eingesetzt. Im Produktbereich Gesundheitsdienste steigen die Personalaufwendungen ohne irgendeine Erläuterung um mehr als 600 T€ oder 13 %, in der Heilpädagogischen Tagesstätte Langenfeld aufgrund allgemeiner Personalfuktuation, in der Heilpädagogischen Tagesstätte Ratingen, weil der Bereich der Behindertenförderung und –koordination starken personellen Veränderungen unterliegt und bei der Durchführung von Bau- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen und Wegen führen neben u.a. der Personalfuktuation personalwirtschaftliche Maßnahmen zur Ansatzsteigerung. Nichtssagender geht es nicht mehr. Ich sage das hier nicht um irgendjemanden vorzuführen, aber damit kann man nicht arbeiten. Auf dieser Grundlage ist es unmöglich, aussagekräftige Kennzahlen zu bilden, mit denen im NKF gesteuert werden soll. Kurioserweise hat ausgerechnet der fachlich nicht zuständige Sozialausschuss darauf reagiert und einen Beschluss gefasst, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, zwecks Steuerung durch die Politik für Transparenz im Stellenplan zu sorgen. Wenn dies ein Softwareproblem sein sollte, muss eben kurzfristig eine neue Software angeschafft werden, die den Anforderungen des NKF Rechnung trägt. Nicht akzeptabel ist es jedenfalls, wenn die Verwaltung, nachdem sie letztes Jahr noch Abhilfe bis zum Haushaltsentwurf 2010 in Aussicht gestellt hat, sich nunmehr auf einen Zeitpunkt dafür nicht mehr festlegen will. Da muss man sich dann schon fragen, was im letzten Jahr eigentlich getan wurde, um das bereits bekannte Problem abzustellen. Eine kurzfristige Lösung darf jedenfalls nicht daran scheitern, dass dafür ein gewisser Arbeitsaufwand betrieben werden muss.

**Mehr Bürokratie
durch SPD und
Grüne**

Lieber Herr Carraro, es ist schon interessant zu beobachten, wie Sie reflexartig bei jedem Antrag oder jeder Anfrage der FDP-Fraktion einen riesigen Arbeitsaufwand an die Wand malen, weil sie Ihnen politisch nicht in den Kram passen. Dabei dürfte die größte beantragte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme doch die von der SPD geforderte und vom Sozialausschuss zurückgestellte Aktualisierung des Sozialberichts von 1993 sein - allein dafür bedürfte es schon der Neueinstellung eines Sozialwissenschaftlers - dicht gefolgt von dem Antrag der Grünen zur statistischen Erfassung von allerhand Daten im Ausländerwesen. Im Fall der von uns im

Betriebsausschuss abgefragten Produktpreise des ME-BIT dürfte es sich je nach Druckerleistung gerade einmal um den Zeitaufwand einiger Sekunden für den Ausdruck der sechs dem Protokoll beigefügten Seiten gehandelt haben. Insoweit dürfte es Ihnen entgangen sein, dass nach dem im Betriebsausschuss im Februar abgegebenen Zwischenbericht die Produktpreise der Verwaltungskonferenz bereits vorgelegen haben. Noch dazu ist die fehlende Fortsetzung des diesbezüglichen Berichts nicht nur uns, sondern auch dem Rechnungsprüfungsamt aufgefallen. Insofern ist es wirklich schade, dass Sie unseren Antrag aus 2006 zur Ausweisung der Kosten für die Erstellung von Antworten auf Anfragen nicht mitgetragen haben.

**Regionales
Rechenzentrum
prüfen**

Stein des Anstoßes bildet für Sie doch vielmehr, dass es die FDP-Kreistagsfraktion auch nach dem Beschluss zur Rückführung des ME-BIT in die Kreisverwaltung weiterhin wagt, die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung durch eine wie auch immer organisierte örtliche Einheit anzuzweifeln und geprüft haben will, ob sich beispielsweise der Anschluss an ein Rechenzentrum aus der Region rechnen würde. Damit tut sich dann aber auch die Geschäftsführung des ME-BIT schwer, die auch wiederum einen riesigen Arbeitsaufwand reklamiert, wenn es um die Fremdkosten der einzelnen Produkte geht, obwohl ohne die Existenz der entsprechenden Daten eine Kosten- und Leistungsrechnung, über die ME-BIT doch angeblich verfügt, wohl kaum denkbar wäre. Dabei müsste doch insbesondere der Kreis Mettmann, der im Hinblick auf die hier erzielbaren Synergieeffekte die fehlende Bereitschaft der kreisangehörigen Städte zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der technikerunterstützten Informationsverarbeitung zu Recht immer wieder kritisiert hat, mit gutem Beispiel vorangehen und sich einer regionalen Lösung nicht von vornherein verschließen.

**Vorfahrt für
Verkehrssicherheit**

Aber, Herr Carraro, ich darf Sie in diesem Jahr auch zu einem wirklichen Novum beglückwünschen. Für das zehnte Haushaltsjahr, für das ich gemeinsam mit Ihnen den Haushalt beraten darf, hat es Ihre Fraktion meiner Erinnerung nach zum ersten Mal geschafft, einen Sparantrag vorzulegen. Zum 100-Alleen-Programm haben wir jeweils unabhängig von einander die Streichung beantragt. Auch wenn ich den Verdacht hege, dass für Ihre Fraktion der entscheidende Gesichtspunkt gewesen sein dürfte, dass es sich um ein Programm der CDU/FDP-Landesregierung handelt, ist für die FDP-Kreistagsfraktion maßgeblich, dass wir angesichts der Häufigkeit und –schwere von Baumunfällen im modernen Straßenverkehr insbesondere im dicht besiedelten Kreis Mettmann mit einer hohen Verkehrsdichte auch verkehrlich geringer belastete Kreisstraßen, welche trotz dessen immerhin Straßen von überörtlicher Bedeutung sind, für dieses

Programm für nicht geeignet halten und der Verkehrssicherheit erste Priorität einräumen.

**Nicht finanzierbare
grüne Antragsflut**

Die Antragsflut der Grünen dagegen, Herr Dr. Ibold, kann nur noch als unseriös bezeichnet werden. So wenig Herr Carraro bislang die aus dem NKF resultierende Neuerung verinnerlicht hat, dass Politik vor allem Zielvorgaben machen sollte, nutzen Sie die Veränderung des Rechnungssystems nunmehr als Freifahrtschein für die Forderung nach Alles und Jedem. Fast jeder Ihrer Anträge weist nicht einmal eine überschlägige größenmäßige Bezifferung, sondern nur den lapidaren Hinweis auf, dass die Aufwendungen von der Verwaltung beziffert werden mögen. Sie haben nicht nur keine Vorstellung in Bezug auf die Kosten Ihrer jeweiligen Anträge, geschweige denn auch nur eine Idee, wie diese denn gegen zu finanzieren sein könnten. Wie sich in der Sitzung des Kreisausschusses gezeigt hat, haben Sie aber auch nicht in jedem Fall eine Vorstellung davon, was Sie überhaupt beantragen wollen. Sie wollten zwar eine kostenlose Info-Hotline der Kreisverwaltung, aber das Projekt „D115“ war nicht gemeint, auf Nachfrage sollte es aber auch keine 0800-er-Nummer sein, aber doch irgend etwas anderes als die bis heute zur allgemeinen Zufriedenheit arbeitende Telefonzentrale. Dabei dürfte es auf der Hand liegen, dass die Summe ihrer Anträge, beispielsweise zum Aufbau eines kreisweiten allgemeinen Sozialdienstes für Senioren neben den bereits bestehenden sozialen Diensten der Städte, zur Erfassung von allen möglichen Gefahrenpotentialen in den Bereichen Produktion, Lagerung, Transport usw. in Form eines Gefahrenstoffkatasters und was Sie sonst noch alles so beantragt haben, insgesamt Aufwendungen in mehrfacher Millionenhöhe nach sich ziehen würde. Alleine das von Ihnen beantragte Sozialticket würde nur für SGB II-Kunden bereits mehr als 1,5 Mio. € kosten. Ein Sozialticket lediglich für SGB II- und SGB XII-Empfänger dürfte insbesondere aber auch in der Sache vor dem Hintergrund des Abstandsgebots mehr als bedenklich sein. Oder wie wollen Sie jemandem, dessen Arbeitseinkommen knapp über der Grenze von Hartz IV liegt, erklären, dass er sein Ticket bezahlen muss, während der Hartz IV-Empfänger dies kostenlos erhält. Das ist Sozialromantik pur.

**Klimaschutz
braucht Vernunft**

Und auch die Ökoromantiker haben sich wieder mal ausgelebt. Ohne die Stimme der FDP-Kreistagsfraktion wurde vom Bau- und Planungsausschuss der Einkauf von Naturstrom für ein Drittel der vom Kreis bezogenen Strommenge beschlossen, was zu Mehraufwendungen in Höhe von 16.100 € führt. Dafür bekommt der Kreis Mettmann ein vom TÜV ausgestelltes Zertifikat, mit dem der 100%-ige regenerative Strombezug aus „dem Laufwasserkraftwerk an der Mosel“ garantiert wird. Das ist aber nett. Das Zertifikat kann dann bestimmt demnächst

irgendwo öffentlichkeitswirksam aufgehängt werden. Der Kreis dürfte damit in erster Linie einer den Mainstream ausnutzenden Vermarktungsstrategie auf den Leim gegangen sein, die ausschließlich zu höheren Gewinnen bei RWE führt. Denn da die zehn von RWE an der Mosel betriebenen Laufwasserkraftwerke nicht erst seit gestern am Netz sind, sondern bereits zwischen 1951 und 1966 in Betrieb genommen wurden, müsste RWE folgerichtig im Gegenzug den Bezug von Strom aus fossilen Energieträgern und Kernenergie dann ja auch verbilligen. Darauf können wir aber wohl lange warten. Die von den Ökorumantikern gefeierte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes entpuppt sich als reine Selbsttäuschung, das Zertifikat als mit 16.100 € teuer bezahltes Blatt Papier.

Mehr Ordnungspolitik

Bei den Fotovoltaikanlagen an den Berufskollegs Neandertal und Niederberg konnte der Siegeszug der Ökorumantiker dagegen im Kreisausschuss noch gestoppt werden. Nichts gegen Fotovoltaik, auch wenn die im Vergleich eher spärliche Rendite einer solchen Anlage nur deren Subventionierung durch die Stromkunden, also uns allen, zu verdanken ist. Der Kreis in der Rolle als dem Betreiber darlehensgewährender Anleger ist mit ordnungspolitischen Grundsätzen schlicht nicht vereinbar. Ebenso wenig Kreis Aufgabe ist die Finanzierung von Einsatzstellen des freiwilligen sozialen Jahres Kultur. Richtigerweise ist darauf verzichtet worden, da sich bei dem Ergebnis der Bedarfsermittlung ein zwingender Grund für eine Bezuschussung durch den Kreis nicht herausgestellt hat. So beschäftigt die Stiftung Neanderthal-Museum auch jetzt schon – ohne gesonderten Zuschuss des Kreises – einen Freiwilligen. Von den interessierten kreisangehörigen Städten darf ohnehin erwartet werden, dass diese entsprechende Stellen selbst finanzieren.

Profis ans Werk

Um in Bezug auf den Imagefilm, an dem der Ausschuss für Kultur und Touristik nun schon Jahre lang herumdoktert, endlich zu einem bedarfsgerechten Ergebnis zu kommen, muss das Projekt endlich an professionellen Maßstäben ausgerichtet werden. Dies gilt sowohl für die Inhalte, die Gestaltung und die Dauer des Films. Geklärt werden muss neben dem zur Verfügung stehenden Budget und dem rechtlichen Rahmen vor allem, welche Zielgruppe mit dem Film angesprochen werden und bei welchen Gelegenheiten der Film vorgeführt werden soll. Bei allem Respekt vor dem bis hin in der Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe gezeigten persönlichen Engagement, im Vordergrund eines solchen Projektes sollte das Ergebnis und nicht die Selbstverwirklichung von Ausschussmitgliedern stehen. Die Politik sollte sich deshalb auf die Festlegung der skizzierten Rahmenbedingungen beschränken und das operative Geschäft Profis überlassen.

Meine Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt durch die Schuldenfreiheit dem Ziel der Generationengerechtigkeit weiterhin vorbildlich Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.